

Frauen*rechte

[urn:nbn:de:bsz:15-gucosa2-159413](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:15-gucosa2-159413)

Keywords:

Frauen*rechte,
Menschenrechte,
Internationales Recht,
Male bias, Gleichheit,
Gleichstellung,
Differenz,
Gleichberechtigung,
Intersektionalität,
Universalismus,
(Anti-)Diskriminierung,
Frauenrechts-
bewegungen,
Emanzipation,
Olympe de Gouges,
Mary Wollstonecraft,
Vereinte Nationen
(UNO), CEDAW,
Istanbul-Konvention,
Geschlechts-
spezifische Gewalt,
Sexuelle Gewalt,
Kulturrelativismus,
Eurozentrismus,
Postkolonialismus,
Queer-Feminismus

Mit Frauen*rechten werden im Allgemeinen Grund- und Menschenrechte beschrieben, die für Frauen* und Mädchen* besonders relevant sind (vgl. Neuhold, Pirstner & Ulrich, 2003, S. 71; Cook, 1994, S. 3). Beispiele sind das Recht auf politische Partizipation, auf Bildung, auf Gesundheit oder auf körperliche sowie sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (vgl. Cook, 1994, S. 14–21; Mlinar, 1997, S. 14–18). Die Verletzung von Frauen*rechten droht insbesondere in Situationen geschlechtsbezogener oder sexueller (Kriegs-)Gewalt (vgl. MacKinnon, 2006a, 2006b; Markard & Adamietz, 2008), bei Zwangsverheiratung und Minderjährigenehen (vgl. Strasser & Holzleithner, 2010), der Beschränkung reproduktiver Freiheit (vgl. Sen, 1996; Cook, Dickerns & Fathalla, 2005) oder im Zusammenhang mit Flucht und Migration (vgl. Lembke & Foljanty, 2012; Lehnert, 2014; Rössl, 2016). Um zu betonen, dass es sich bei Frauen*rechten um Menschenrechte handelt, wird synonym auch der Begriff Menschenrechte von Frauen* verwendet. Der Begriff der Frauen*rechte erscheint aus poststrukturalistischer feministischer Perspektive problematisch, da er Geschlechterbinarität und damit Differenz reproduziert (vgl. Baer, 2001, S. 143–145; Gerhard, 1990; Gerhard, Jansen, Maihofer, Schmid & Schultz, 1990) und ihm ein essentialisierender Gleichheitsanspruch inhärent sei, der Frauen* als homogene Gruppe mit gleichen Bedürfnissen konstruiert (vgl. Charlesworth, 1994, S. 60). [1]

Der Begriff Frauen*rechte ist im globalen Norden eng mit Frauen*rechtsbewegungen und ihren Forderungen verknüpft, auch wenn sich deren Aktivitäten nicht auf die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung beschränken und im breiteren Kontext emanzipatorischer Kämpfe für sozialen Wandel zu verorten sind (vgl. Gerhard, 1978, 1997; Clemens, 1988; Flexner, 1982 [1959]). Bereits Ende des 18. Jahrhunderts kam es zu Kodifikationsanregungen von Frauen*rechtsaktivistinnen, die die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung von Frauen* mit Männern* forderten, teilweise jedoch unter einer Perspektive, die Differenzen zwischen Männern* und Frauen* feststellt und die Geschlechter insofern essentialisiert. Beispiele sind Olympe de Gouges' (1748–1793) *Droits de la femme et de la citoyenne* (1791) (Gaulier, 2003) oder Mary Wollstonecrafts (1759–1797) *Vindication of the Rights of Women* (1791; Tomaselli, 1995) (vgl. Maihofer, 1995, S. 159–160; Gerhard, 1978, S. 133, 1990, S. 49–72). Forderungen bezogen sich auf politische und gesellschaftliche Partizipation, insbesondere durch das Stimmrecht, und auf das Recht auf Bildung und Gleichstellung im Familienrecht, etwa bezüglich der Elternrechte, des Ehegüter- und Scheidungsrechts (vgl. Gerhard, 1978, S. 164–189; 1990, S. 142–167; Berneike, 1995, S. 21–23, 26–28). Die erste Welle der Frauen*bewegungen (vgl. Dehnavi, 2016) schrieb der formalen Etablierung gleicher Rechte, trotz interner Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen und proletarischen Gruppen (vgl. Wapler, 2012, S. 40–43), eine besondere Bedeutung für die Lösung der ‚Frauenfrage‘ zu, „weil nur von der Grundlage verbürgter Rechte [...] an ihre sichere Lösung überhaupt erst gedacht werden kann“ (Augsburg, 1895, zit. n. Meder, Duncker & Czelk, 2010, S. 43). Das Familienrecht des

deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB, in Kraft seit 1900) blieb dennoch bis in die 1950er Jahre patriarchal strukturiert (vgl. Wapler, 2012, S. 42–43; Schwab, 1997). Mit der Verabschiedung des Satzes „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ in Art. 3 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes (GG, in Kraft seit 1949) setzte die außerparlamentarische Frauen*bewegung eine bedeutende rechtspolitische Forderung durch (vgl. Wrase & Klose, 2012, S. 89–90; Degener, 1997). Die zweite Welle der Frauen*bewegungen forderte die praktische Umsetzung der verfassungsrechtlich verbürgten Gleichberechtigung. Ungleichbehandlungen im Familienrecht, Gewalt an Frauen* oder das fehlende Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurden zu wichtigen Feldern feministischen Rechtsaktivismus (vgl. Wapler, 2012, S. 49–51; Lembke, 2012b, S. 236–245). [2]

Das internationale Menschenrechtsregime, das sich aus Verträgen, Rechtsgewohnheiten und überwachenden Institutionen zusammensetzt, ist seit seinen Ursprüngen in der Zeit der Aufklärung durch eine Festsetzung des Mannes* bzw. des Männlichen* als Norm (*male bias*) gekennzeichnet (vgl. Baer, 2004, S. 558–560; Maihofer, 1995, S. 159–161). Den Bedürfnissen von Männern* wird der Vorrang gegeben, indem bürgerliche und politische vor wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die vor allem Frauen* betreffen, und indem der öffentliche vor den privaten Bereich, in dem Frauen*rechtsverletzungen gehäuft stattfinden, gestellt werden (vgl. Rajasingham, 1995, S. 234; Arnould, 2006, S. 21–22). In Menschenrechtsinstrumenten wie der 1953 in Kraft getretenen Europäischen Menschenrechtskonvention oder den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) von 1966 finden sich trotz des *male bias* im Völkerrecht Geschlechterdiskriminierungsverbote oder Gleichstellungsgebote (vgl. Schläppi, Wyttenbach & Ulrich, 2015, S. 10–13; Reanda, 1981; Elsuni, 2011). Die konkrete Weise, in der Frauen* von Verletzungen der kodifizierten Rechte anders als Männer* betroffen sind, ist erst seit wenigen Jahren Gegenstand von Analysen, und auch adäquate Maßnahmen dagegen werden erst nach und nach entwickelt und implementiert (vgl. Neuhold et al., 2003, S. 75). Auf der Ebene des internationalen Rechts gelang es feministischen Bewegungen auf den Frauenrechtskonferenzen der UN in den 1980er und 1990er Jahren, Frauen*rechte als Menschenrechte zu konzeptionieren (vgl. Chinkin, Wright & Charlesworth, 2005 [1991]; Mlinar, 1997; Deutsches Institut für Menschenrechte, 2006; United Nations, 2014; World Conference of Human Rights, 1993). Sie wurden 1993 auf der Weltmensenrechtskonferenz in Wien als „ein unveräußerlicher, integraler und unabtrennbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte“ (World Conference of Human Rights, 1993, o. S.) anerkannt; gleichzeitig wurde deren Vorrang vor ihnen entgegenstehenden ‚kulturellen Traditionen‘ festgehalten (vgl. World Conference of Human Rights, 1993). [3]

Internationale Organisationen wie der Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organisation*, ILO) erarbeiteten bereits Anfang des 20. Jahrhunderts Ansätze zur Kodifikation von Frauen*rechten (vgl. Neuhold et al., 2003, S. 33); 1954 trat die Konvention über die politischen Rechte der Frauen (*Convention on the Political Rights of Women*, CPRW, United Nations, 1953) in Kraft, die das gleiche Wahlrecht sowie gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern und Funktionen für Frauen statuiert (vgl. Lembke, 2012a, S. 138). Die Kommission für die Rechtsstellung der Frau der UN (*Commission on the Status of Women*, CSW) erarbeitete die ersten sich ausschließlich auf Frauen*- und Genderfragen beziehenden Konventionen, darunter die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung

der Frau (*Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women*, CEDAW, United Nations, 1979). Die CEDAW wurde 1979, im UN-Jahrzehnt der Frau (1976–1985), angenommen, trat 1981 in Kraft und enthält ein umfassendes Programm zur Gleichstellung von Frauen* und Männern* (vgl. Neuhold, et al., 2003, S. 50; Lembke, 2012a, S. 139–140; Schläppi et al. 2015, S. 8–9). Sie setzt Standards für die Gleichstellung in den Bereichen Politik, Bildung, Wirtschaft, Zivilrecht, Soziales und Familie. Kritiker*innen bemängeln, dass die CEDAW durch ihren Fokus auf die öffentliche Sphäre den Gleichheitsansatz des internationalen Rechts, dem eine männliche* Sichtweise zugrunde liegt, untermauere (vgl. Charlesworth & Chinkin, 2000, S. 231). Die CEDAW regelt jedoch in zumindest zwei Artikeln, dem Diskriminierungsverbot des Art. 2 und der Regelung zum Ehe- und Familienrecht des Art. 16, auch den privaten Bereich. Seit 1999 wird die CEDAW durch das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ergänzt, das unter Beachtung des Prinzips der Staatensouveränität Individualbeschwerde- und Untersuchungsverfahren ermöglicht (vgl. König, 2006, S. 85). 2008 trat das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (*Convention on the Rights of Persons with Disabilities*, CRPD, United Nations, 2006) in Kraft, das in Art. 6 die Gefahr von Mehrfachdiskriminierungen behinderter Frauen* und Mädchen* anerkennt (vgl. Lembke, 2012a, S. 144). Das 2014 in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention; Europarat, 2011) konzipiert Gewalt gegen Frauen* als Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie als Menschenrechtsverletzung. Es ergänzt so die CEDAW, in der Gewalt gegen Frauen* nur implizit thematisiert und erst durch die Allgemeine Empfehlung Nr. 19 des CEDAW-Ausschusses explizit als Diskriminierung anerkannt wird (vgl. Ulrich, 2014, S. 4; Šimonović, 2014, S. 590; Logar, 2014, S. 356). Die Istanbul-Konvention basiert auf einem weiteren Gewaltbegriff, der „alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt [bezeichnet], die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei Frauen führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung, sei es im öffentlichen oder privaten Leben“ (Art. 3). Sie sieht konkrete Verpflichtungen für die Vertragsstaaten in den Bereichen Politik, Prävention, Hilfen für die Betroffenen, Schutz, Strafverfolgung und Sanktionierung von Gewalt vor; so verlangt sie etwa mit Art. 36 die Schaffung eines Straftatbestands, der alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe stellt (Konsensprinzip; vgl. hierzu kritisch MacKinnon, 2016, S. 469–477). Die deutsche Rechtslage wurde dementsprechend reformiert: Wer gegen den erkennbaren Willen einer Person sexuelle Handlungen an dieser vornimmt, macht sich strafbar; flankiert wird dieser Grundsatz von weiteren Tatbestandskonstellationen, die der eingeschränkten Willensbildungsfähigkeit von Personen aufgrund verschiedener physischer, psychischer oder situativer Beeinträchtigungen Rechnung tragen (vgl. Bezjak, 2016). [4]

Kritik an der Konzeption von Frauen*rechten als Menschenrechte wird aus unterschiedlichen Richtungen geäußert (vgl. Engle, 2005). Kulturrelativistische Positionen lehnen die Konzeption von Frauen*rechten als Menschenrechte ab, da es sich dabei um westliche, imperialistische und nicht universal gültige Agenden handle. Ein aus dieser Perspektive als monolithischer Block konstruierter Feminismus sei eine im Westen entstandene ‚kulturelle Praxis‘. Menschen- und Frauen*rechte könnten stets nur relative Gültigkeit besitzen und seien nicht in gleichem Maße auf alle Kulturen

anwendbar (vgl. Al-Hibri, 1999; Pollis & Schwab, 1979). Eher universalistisch argumentierende Feminist*innen wie Susan Moller Okin (1999) betonen in ihrer Kritik die Situation von Frauen* in ethnischen oder religiösen Minderheiten: Sie seien in ihrer durch sexistische Strukturen bedingten Marginalisierung innerhalb einer Minderheit mehrfach benachteiligt (vgl. auch Nussbaum, 1999). Postkoloniale Feminist_innen kritisieren die Erzählung von Geschichte als lineare, progressive Entwicklung und die Proklamierung von Menschenrechten als ein (neo)liberales Projekt, das die Gefahr der Perpetuierung der Anderen als Opfer birgt (vgl. Kapur, 2005; Brown, 2002). Queerfeministische Kritiker*innen beanstanden die Gefahr der Essentialisierung von Geschlecht bei der Schaffung spezifischer Frauen*rechtsinstrumente (vgl. Wehler-Schöck, 2006, S. 206–209; Baer, 2001) und fordern ein Umdenken von einer Frauen*- zu einer Genderperspektive, die Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen auch abseits des binären Mann*/Frau*-Modells und somit die Rechte von LGBT*I*Q-Personen in den Blick nimmt (vgl. Raue, 2006, S. 126; Otto, 2005; Lembke, 2014). [5]

Literaturverzeichnis:

- Al-Hibri, Azizah Y. (1999). Is Western Patriarchal Feminism Good For Third World / Minority Women? In Susan Moller Okin; Cohen, Joshua; Howard Matthew; Nussbaum Martha C. (Hrsg.), *Is Multiculturalism Bad for Women?* (S. 41–46). Princeton: Princeton University Press.
- Arnauld, Andreas von (2006). Feministische Theorien und Völkerrecht. In Beate Rudolf (Hrsg.), *Frauen und Völkerrecht. Zur Einwirkung von Frauenrechten und Fraueninteressen auf das Völkerrecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 28, S. 13–46). Baden-Baden: Nomos.
- Baer, Susanne (2001). Universalismus, Menschenrechte und Geschlecht: Von der Forderung nach Frauenrechten zu einer Rekonstruktion des Gleichheitsrechts. *femina politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* (2), S. 143–154.
- Baer, Susanne (2004). Recht: Normen zwischen Zwang, Konstruktion und Ermöglichung – Gender-Studien zum Recht. In Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (Geschlecht und Gesellschaft, Bd. 35, S. 555–563). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berneike, Christiane (1995). *Die Frauenfrage ist Rechtsfrage: Die Juristinnen der deutschen Frauenbewegung und das Bürgerliche Gesetzbuch* (Schriften zur Gleichstellung der Frau Bd. 11). Nomos: Baden-Baden.
- Bezjak, Garonne (2016). Der Straftatbestand des § 177 StGB (Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) im Fokus des Gesetzgebers. *Kritische Justiz* 49 (4), S. 557–571.
- Brown, Wendy (2002). Suffering the Paradoxes of Rights. In Wendy Brown & Janet E. Halley (Hrsg.), *Left Legalism / Left Critique* (S. 420–434). Durham: Duke University Press.
- Charlesworth, Hilary (1994). What are “Women's International Human Rights”? In Rebecca J. Cook (Hrsg.), *Human Rights of Women. National and International Perspectives* (Pennsylvania Studies in Human Rights, S. 58–84). Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Charlesworth, Hilary & Chinkin, Christine (2000). *The Boundaries of International Law. A Feminist Analysis*. Manchester: Manchester University Press.

- Chinkin, Christine; Wright, Shelley & Charlesworth, Hilary (2005). *Feminist Approaches to International Law. Reflections From Another Century* (Originalarbeit erschienen 1991). In Doris Buss & Ambreena S. Manji (Hrsg.), *International Law. Modern Feminist Approaches* (S. 17–46). Oxford, Portland: Hart.
- Clemens, Bärbel (1988). *Menschenrechte haben kein Geschlecht! Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung* (Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 2). Pfaffenweiler: Centaurus.
- Cook, Rebecca J. (1994). *Women's International Human Rights Law. The Way Forward*. In Rebecca J. Cook (Hrsg.), *Human Rights of Women. National and International Perspectives* (Pennsylvania Studies in Human Rights, S. 3–36). Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Cook, Rebecca J.; Dickerns, Bernhard M. & Fathalla, Mahmoud F. (2005). *Reproductive Health and Human Rights: Integrating Medicine, Ethics, and Law (Issues in Biomedical Ethics)*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Degener, Theresia. (1997) *Der Streit um Gleichheit und Differenz in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945*. In Gerhard, Ute (Hrsg.). *Frauen in der Geschichte des Rechts: Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart* (S. 871–900). München: C.H. Beck.
- Dehnavi, Morvarid (2016). *Frauenbewegungen in Deutschland*. In Gender Glossar / Gender Glossary (7 Absätze). Verfügbar unter <http://gender-glossar.de>
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2006). *Frauenrechte sind Menschenrechte*. (Unterrichtsmaterialien zur Menschenrechtsbildung: 3). Zugriff am 25.08.2016. Verfügbar unter http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Unterrichtsmaterialien/unterrichtsmaterialien_frauenrechte_sind_menschenrechte.pdf
- Elsuni, Sarah. (2011). *Geschlechtsbezogene Gewalt und Menschenrechte: Eine geschlechtertheoretische Untersuchung der Konzepte Geschlecht und Diskriminierung im Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 33). Baden-Baden: Nomos.
- Engle, Karen (2005). *International Human Rights and Feminism. When Discourses Keep Meeting*. In Doris Buss & Ambreena S. Manji (Hrsg.), *International Law. Modern Feminist Approaches* (S. 47–66). Oxford, Portland: Hart.
- Europarat (2011). *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*. SEV Nr. 210. Zugriff am 31.05.2017. Verfügbar unter <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/210>
- Flexner, Eleanor (1982). *Century of Struggle. The Woman's Rights Movement in the United States*. Cambridge: Belknap Press (Originalarbeit erschienen 1959).
- Gaulier, Emanuèle (Hrsg.) (2003). *Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne*. Paris: Mille et une nuits.
- Gerhard, Ute (1978). *Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert* (Edition Suhrkamp, Bd. 933). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gerhard, Ute (1990). *Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht* (Beck'sche Reihe, Bd. 391). München: Beck.
- Gerhard, Ute; Jansen, Mechtild; Maihofer, Andrea; Schmid, Pia & Schulz, Irmgard (Hrsg.) (1990). *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*. Frankfurt am Main: Ulrike Helmer.
- Gerhard, U. (Hrsg.) (1997). *Frauen in der Geschichte des Rechts: Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.

- Kapur, Ratna (2005). *Erotic Justice. Law and the New Politics of Postcolonialism*. London, New York: Routledge.
- König, Doris (2006). Frauenrechte sind Menschenrechte ... und doch anders? Die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW). In Beate Rudolf (Hrsg.), *Frauen und Völkerrecht. Zur Einwirkung von Frauenrechten und Fraueninteressen auf das Völkerrecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 28, S. 81–98). Baden-Baden: Nomos.
- Lehnert, Matthias (2014). Geschlecht und Menschenrechte von Flüchtlingen. In Lembke, Ulrike (Hrsg.) (2014). *Menschenrechte und Geschlecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 38, S. 160–187).
- Lembke, Ulrike & Foljanty, Lena (2012). Migration, Flucht und Geschlecht. In Foljanty, Lena & Lembke, Ulrike (Hrsg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch* (2. Aufl., S. 259–283). Baden-Baden: Nomos.
- Lembke, Ulrike. (2012a). Menschenrechtliche Diskriminierungsverbote. In Foljanty, Lena & Lembke, Ulrike (Hrsg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch* (2. Aufl., S. 133–146). Baden-Baden: Nomos.
- Lembke, Ulrike. (2012b). Gewalt im Geschlechterverhältnis, Recht und Staat. In Foljanty, Lena & Lembke, Ulrike (Hrsg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch* (2. Aufl., S. 235–258). Baden-Baden: Nomos.
- Lembke, Ulrike (Hrsg.) (2014). *Menschenrechte und Geschlecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 38). Baden-Baden: Nomos.
- Logar, Rosa (2014). Die Istanbul-Konvention. Rechtsnormen zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt in Europa. *Juridikum*, 3, S. 349–359.
- MacKinnon, Catharine A. (2006a). *Are Women Human? And Other International Dialogues*. Cambridge, Massachusetts: Belknap Press.
- MacKinnon, Catharine A. (2006b). Women's September 11th: Rethinking the International Law of Conflict. *Harvard International Law Journal*, 47 (1), S. 1–31.
- MacKinnon, Catharine A. (2016). Rape Redefined. *Harvard Law & Policy Review*, 10, S. 431–477.
- Maihofer, Andrea (1995). *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz* (Aktuelle Frauenforschung). Frankfurt am Main: Ulrike Helmer.
- Markard, Nora & Adamietz, Laura (2008). Herausforderungen an eine zeitgenössische feministische Menschenrechtspolitik am Beispiel sexualisierter Kriegsgewalt. *Kritische Justiz*, 41 (3), S. 257–265.
- Meder, Stephan; Duncker, Arne; Czelk, Andrea (Hrsg.). (2010). *Die Rechtsstellung der Frau um 1900: Eine kommentierte Quellensammlung*. Köln: Böhlau.
- Mlinar, Angelika (1997). *Frauenrechte als Menschenrechte*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Neuhold, Brita; Pirstner, Renate & Ulrich, Silvia (2003). *Menschenrechte – Frauenrechte. Internationale, europarechtliche und innerstaatliche Dimensionen*. Innsbruck: Studienverlag.
- Nussbaum, Martha C. (1999). *Sex & Social Justice*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Okin, Susan Moller. (1999). *Is Multiculturalism Bad for Women?* In Okin, Susan Moller; Cohen, Joshua; Howard Matthew; Nussbaum Martha C. (Hrsg.), *Is Multiculturalism Bad for Women?* (S. 7–24). Princeton: Princeton University Press.
- Otto, Dianne (2005). Disconcerting ‚Masculinities‘. Reinventing the ‚Gendered Subject(s) of International Human Rights Law. In Doris Buss & Ambreena S. Manji (Hrsg.), *International Law. Modern Feminist Approaches* (S. 105–130). Oxford, Portland: Hart.

- Pollis, Adamantia & Schwab, Peter (1979). Human Rights. A Western Construct with Limited Applicability. In Adamantia Pollis & Peter Schwab (Hrsg.), *Human rights. Cultural and Ideological Perspectives* (S. 1–18). New York: Praeger.
- Rajasingham, Darini (1995). On Mediating Multiple Identities. The Shifting Field of Women's Sexualities within the Community, State and Nation. In Margaret Schuler (Hrsg.), *From Basic Needs to Basic Rights. Women's Claim to Human Rights* (S. 233–248). Washington, D.C.: Women, Law and Development International.
- Raue, Julia (2006). Frauenrechte als Querschnittsaufgabe im Menschenrechtsbereich. Von einer Frauenperspektive zu einer Gender-Perspektive? In Beate Rudolf (Hrsg.), *Frauen und Völkerrecht. Zur Einwirkung von Frauenrechten und Fraueninteressen auf das Völkerrecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 28, S. 99–127). Baden-Baden: Nomos.
- Reanda, Laura (1981). Human Rights and Women's Rights. The United Nations Approach. *Human Rights Quarterly*, 3 (2), S. 11–31.
- Rössl, Ines (2016). Wenn ‚Othering‘ scheitert: Häusliche Gewalt als Fluchtgrund. *Fremden- und asylrechtlichen Blätter*, 1, S. 1–14.
- Schläppi, Erika; Wyttenbach, Judith & Ulrich, Silvia (2015). Das Übereinkommen. In Erika Schläppi, Silvia Ulrich & Judith Wyttenbach (Hrsg.), *CEDAW. Kommentar zum UNO-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau* (S. 1–58). Bern: Stämpfli.
- Schwab, Dieter (1997). Gleichberechtigung und Familienrecht im 20. Jahrhundert. In Gerhard, Ute (Hrsg.). *Frauen in der Geschichte des Rechts: Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart* (S. 790–827). München: C.H. Beck.
- Sen, Amartya (1996). Fertility and Coercion. *University of Chicago Law Review*, 63, S. 1035–1061.
- Strasser, Sabine & Holzleithner, Elisabeth (Hrsg.). (2010). *Multikulturalismus queer gelesen: Zwangsheirat und gleichgeschlechtliche Ehen in pluralen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Šimonović, Dubravka (2014). Global and Regional Standards on Violence Against Women: The Evolution and Synergy of the CEDAW and Istanbul Convention. *Human Rights Quarterly*, 36 (3), S. 590–606.
- Tomaselli, Sylvana (Hrsg.) (1995). *Mary Wollstonecraft: A Vindication of the Rights of Men and A Vindication of the Rights of Women* (Cambridge Texts in the History of Political Thought). Cambridge: Cambridge University Press.
- Ulrich, Silvia (2014). Das Europaratsübereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. In Maria Schwarz-Schlöglmann & Silvia Ulrich (Hrsg.), *Aktuelle Entwicklungen im Gewaltschutz* (Linzer Schriften zu Gender und Recht, Bd. 55, S. 4–26). Linz: Trauner.
- United Nations (1953). Convention on the Political Rights of Women. *United Nations Treaty Series* (Vol. 193). Zugriff am 31.05.2017. Verfügbar unter https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XVI-1&chapter=16&lang=en
- United Nations (1979). Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women. *United Nations, Treaty Series* (Vol. 1249). Zugriff am 31.05.2017. Verfügbar unter https://treaties.un.org/pages/viewdetails.aspx?src=treaty&mtdsg_no=iv-8&chapter=4&lang=en
- United Nations (2006). Convention on the Rights of Persons with Disabilities. *United Nations Treaty Series* (Vol. 2515). Zugriff am 31.05.2017. Verfügbar unter https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg_no=IV-15&chapter=4&lang=en

- United Nations (2014). *Women's Rights are Human Rights*. Zugriff am 28.08.2016. Verfügbar unter <http://www.ohchr.org/Documents/Publications/HR-PUB-14-2.pdf>
- Wapler, Frederike. (2012). Frauen in der Geschichte des Rechts. In Foljanty, Lena & Lembke, Ulrike (Hrsg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch* (2. Aufl., S. 33–51). Baden-Baden: Nomos.
- Wehler-Schöck, Anja (2006). Private Gewalt gegen Frauen aus der Perspektive des Völkerrechts. In Beate Rudolf (Hrsg.), *Frauen und Völkerrecht. Zur Einwirkung von Frauenrechten und Fraueninteressen auf das Völkerrecht* (Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 28, S. 189–214). Baden-Baden: Nomos.
- World Conference of Human Rights (1993). *Vienna Declaration and Programme of Action. Adopted by the World Conference on Human Rights in Vienna on 25 June 1993*. Zugriff am 31.05.2017. Verfügbar unter <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/Vienna.aspx>
- Wrase, Michael & Klose, Alexander (2012). Gleichheit unter dem Grundgesetz. In Lena Foljanty & Ulrike Lembke (Hrsg.), *Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch* (2. Aufl., S. 89–108). Baden-Baden: Nomos.

Autor_innen:

Mag.^a Valerie Purth, B.A. studierte in Wien und Paris Rechtswissenschaften und Orientalistik mit Schwerpunkt Arabistik/Islamwissenschaften. Ihre Forschungsinteressen gelten den feministischen Rechtswissenschaften, Grund- und Menschenrechten sowie intersektionalen Fragestellungen und postkolonialer Theorie. 2016 forschte Valerie Purth am Menschenrechtszentrum der Bilgi Universität in Istanbul für ihre interdisziplinäre Masterarbeit im Fach Gender Studies. Sie ist Mitherausgeberin des *juridikum – Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*.

Christian Berger, B.A., ist juristischer Mitarbeiter beim Klagsverband und studiert Rechtswissenschaften, Gender Studies und Sozioökonomie in Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Legal Gender Studies, interdisziplinäre Rechtsforschung, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsrecht und Politische Ökonomie.

Kontakt:

Gender Glossar | Open-Access-Zeitschrift | ISSN 2366-5580
Universität Leipzig
Erziehungswissenschaftliche Fakultät
Dittrichring 5–7
D-04109 Leipzig
redaktion@gender-glossar.de
www.gender-glossar.de

Nutzungsbedingungen:

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode). Diese Lizenz erlaubt es, den Inhalt unter folgenden Bedingungen zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich aufzuführen: Der Name des Autor*/Rechtsinhaber* muss genannt werden. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode>